

Präsident Reagan und die katholischen US-Bischöfe

Das erste Jahr der Reagan-Administration hat in den Vereinigten Staaten manche Überraschungen gebracht. Für Beobachter der amerikanischen katholischen Kirchenszene war eine der bedeutsamsten Überraschungen die Reaktion römisch-katholischer Bischöfe dieses Landes auf die offizielle Politik des neuen Präsidenten. Bei Amtsantritt von manchen Bischöfen begrüßt, wird Reagan jetzt von einer wachsenden Zahl von ihnen wegen der eingeschlagenen Richtung scharf kritisiert.

Die Wahl von Ronald Reagan im November 1980 signalisierte eine landesweite Wende zu mehr konservativer Politik. Viele liberale Senatoren und Kongreßabgeordnete wurden aus dem Kongreß weggewählt, und die leicht progressive Tendenz der Carter-Administration betrachtete man als vom amerikanischen Wählerpublikum verschmäht. Als Präsident Reagan im Januar 1981 sein Amt antrat, schien es sicher, daß er für eine große Zahl – möglicherweise eine Mehrheit – der römisch-katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten der bevorzugte Politiker war. Wenn nicht öffentlich, so doch privat, waren diese Bischöfe beglückt durch die Tatsache, daß einer ins Weiße Haus einzog, der zwei von der Hierarchie sehr erwünschte Dinge versprochen hatte, nämlich Bundeshilfe für kirchliche Privatschulen und ein Abtreibungsverbot in die Verfassung. Beide Anliegen haben in den letzten Jahren eine hitzige öffentliche Debatte ausgelöst. Führende Persönlichkeiten der römisch-katholischen Kirche haben zu diesen Themen eine feste Stellung bezogen und boten Schützenhilfe für jene Politiker, die mit dieser ihrer Einstellung übereinstimmten. (...)

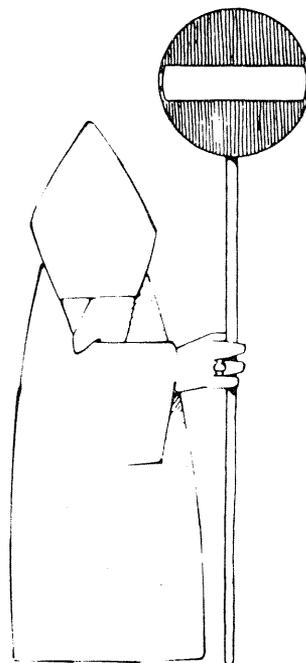
Tatsächlich hat Reagan während seines ersten Amtsjahres keine konkreten Vorschläge für eine Unterstützung der Pfarreischulen und für eine neue Abtreibungsgesetzgebung gemacht. Seine politischen Energien galten fast ausschließlich seinem Wirtschaftsprogramm. Doch selbst wenn sich dies ändern sollte und er sich auf das konservative Sozialprogramm (das die beiden Anliegen der Bischöfe einschließt) besinnen würde, wäre es zweifelhaft, ob er jetzt noch für sein Gesamtprogramm die Zustimmung der katholischen Hierarchie der Vereinigten Staaten gewinnen könnte. Ihre Kritik an der Grundausrichtung der Sozial-, Verteidigungs- und Außenpolitik der Administration ist so stark geworden, daß eine Kehrtwende bei den Bischöfen unwahrscheinlich ist. Diese Kritik, die in heftigem Tadel und in scharfen Analysen von einzelnen Bischöfen, von der gesamten Bischofskonferenz und von deren amtlichen Stellen geäußert wurde, lohnt, im Detail geprüft zu werden.

Sozialpolitik – als ungerecht kritisiert

Die Vereinigten Staaten wie auch andere Industrieländer haben eine ernsthafte wirtschaftliche Krise, die durch hohe Inflation, hohe Arbeitslosigkeit und hohe Zinsen gekennzeichnet ist, durchzustehen. Präsident Reagans Lösungsversuch dieser wirtschaftlichen Krise ist ein doppelter. Durch eine «angebotsorientierte» Wirtschaftspolitik hofft er, die Wirtschaft mittels Steuerermäßigungen, die hauptsächlich den Reichen zugute kommen, anzuregen. Durch eine Reihe größerer Kürzungen von Regierungsprogrammen auf Bundesebene eliminiert er Sozialbeihilfen zugunsten der Armen und Fast-Armen. Er verlangt, daß Staats- und Lokalregierungen und der private Wohltätigkeitssektor für diese Kürzungen einspringen. Die Spitzen der katholischen Hierarchie waren schnell zur Stelle, um auf

den ungerechten Charakter dieser Politik hinzuweisen. Oft werden in den Erklärungen kritischer Amtsträger der Kirche die starken Worte, die Papst Johannes Paul II. letztes Jahr in Tokio sagte, wiederholt: «Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ... dürfen nicht ein Vorwand werden, der Versuchung zu verfallen, die Armen für die Lösung der Probleme der Reichen bezahlen zu lassen.» Erzbischof *Joseph Bernardin* von Cincinnati, der frühere Präsident der Bischofskonferenz, betonte im letzten Dezember, daß «wir alles tun müssen, was wir können, um sicherzustellen, daß die ganze Härte unserer Berichtigungen in der Sozial- und Fiskalpolitik nicht ungerecht auf jene fällt, die am wenigsten sich selber helfen können». Daß die Reagan-Politik tatsächlich die Armen diskriminiert, behauptet das Sozialdepartement der Bischofskonferenz in seiner offiziellen Erklärung zum «Labor Day» im letzten September: Die kombinierten Steuer- und Budgetkürzungen «bilden eine der größten Neuverteilungen von Reichtum und Einkommen in Amerikas Geschichte. Diese Verschiebung der Ressourcen von Familien mit niedrigem und bescheidenem Einkommen zu den Reichen ist fast beispiellos in ihrem Ausmaß und in der Härte ihrer Auswirkung». Die Erklärung macht klar, daß die Budgetkürzungen am stärksten die Armen treffen, indem sie Millionen von Familien benachteiligen, welche für Grundbedürfnisse wie Nahrung, Lebensmittelgutscheine, soziale Sicherheit, Wohnung, Gesundheitsdienst, Rechtsdienste und Beschäftigungsprogramme auf Hilfe angewiesen sind. Auf der andern Seite werden die Steuerkürzungen schwer in die Waagschale zugunsten der Reichen geworfen. Eine ganze Hälfte der Kürzungen kommt der Geschäftswelt und den reichsten sechs Prozent der Bevölkerung (jene, die jährlich mehr als 50000 Dollar verdienen) zugute. So wie die Dinge laufen, etabliert sich, gemäß der Erklärung des Sozialdepartements, «eine Regierung, die ein Protektor der Reichen und ein Produzent immer größerer Ungleichheit ist – eine Regierung der Reichen für die Reichen».

Zeichnung: Jais



Private freiwillige Gruppen und Wohltätigkeitsorganisationen sind einfach nicht in der Lage, die Kürzung der Hilfsprogramme für die Armen wettzumachen. Erzbischof *Edmund Szoka* von Detroit, wo sich die Arbeitslosigkeit zwischen 15 und 20 Prozent bewegt, sagte kürzlich vor einem Kongreßausschuß, daß die Kirche in seinem Gebiet ihr Bestes versuche, um den Familien, die von der Bundeshilfe abgeschnitten worden sind, beizustehen. Er warnte aber: «Dies sind Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Die Regierung kann nicht einfach sagen «Wir werden den Privatsektor die Sorge für die Armen übernehmen lassen.»» In direkter Konfrontation zu Präsident Reagans Philosophie fügte er hinzu, daß die Kirche tun werde, was sie könne, sie werde aber auch die Rolle der Bundesregierung hervorheben, welche «auf diesem Gebiet die letzte Verantwortung» habe.

In einem öffentlichen, namens der Bischöfe vor einem Kongreßausschuß abgegebenen Zeugnis betonte Bischof *Joseph Sullivan* von Brooklyn, daß die Kirchen mit ihren karitativen Anstrengungen für die Armen nicht «die Schalldämpfer der grausamen, von einer teilnahmslosen Regierung auferlegten Ungerechtigkeiten sein dürfen». Indem er vom «radikalen wirtschaftlichen Experiment, auf welches sich die Administration eingelassen hat» sprach, mahnte er zu Vorsicht: «Solche Politik droht unsere Nation tief zu spalten, das eigentliche Gefüge unserer Gesellschaft zu zerreißen, uns weniger empfindsam für menschliche Nöte zu machen.»

Nicht nur die Bischöfe haben gegen Reagans Sozialbudgetpolitik gesprochen. Eine der schärfsten Kritiken wurde von vierzehn christlichen und jüdischen Führern, einschließlich Erzbischof *William Borders* von Baltimore, geäußert. In einem unverblühten Brief vom letzten Dezember an den Präsidenten erklärten diese religiösen Führer: «Wir bedauern Ihre Budgetprogramme, weil sie unsere Regierung von ihrer Rolle, die wirtschaftlichen und sozialen Rechte des ganzen Volkes zu schützen, abbringen.»

Gefährliche Verteidigungspolitik

Die Reagan-Administration hat massive Budgetkürzungen in jedem Bereich der Bundesausgaben gemacht, nur nicht in jenem der *Verteidigung*. Hier ist die Höhe der angewachsenen Ausgaben wahrlich schwindelerregend. Neue und extrem teure Waffen sollen entwickelt werden – MX-Raketen, Neutronenbomben, B-1-Bomber usw. Die Administration schlägt vor, für die nächsten fünf Jahre eineinhalb Billionen Dollar (also 1500 Milliarden) auszugeben. (Die Größe der Summe kann man wenigstens teilweise erfassen, wenn man bedenkt, daß, angenommen ich hätte bei der Geburt Jesu vor zweitausend Jahren begonnen, täglich, an jedem Tag des Jahres, eine Million Dollar auszugeben, ich bis heute erst die Hälfte dieses Betrags ausgegeben hätte!) Daß diese Verteidigungsausgaben unmittelbar zu Lasten der Armen gehen, hat der gegenwärtige Präsident der nationalen Bischofskonferenz, Erzbischof *John Roach* von Minneapolis, deutlich hervorgehoben. In einer Ansprache vor der Novemberversammlung der Konferenz sagte Roach: «In der Vergangenheit wurde in den Vereinigten Staaten vorausgesetzt, daß wir für die Verteidigung ausgeben können, was immer wir entscheiden, und immer noch eine mitmenschliche Gesellschaft sein können. Diese Annahme wird heute durch Tatsachen widerlegt: was für Kanonen ausgegeben wird, reduziert direkt die für bessere Fürsorge und höhere Lebensqualität der Geringsten unter uns verfügbaren Mittel.» Die religiösen Führer in Baltimore sagten unverhohlen: «Wir verurteilen eine Verteidigungspolitik, welche das Elend zu Hause fördert.»

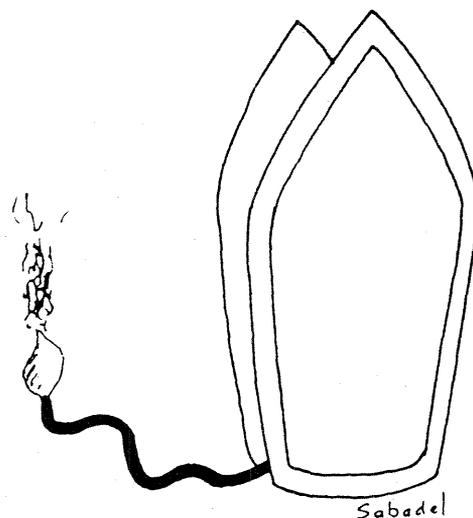
Die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten kritisieren jedoch nicht bloß die Auswirkung der Verteidigungspolitik auf die Armen. Eine wachsende Zahl von Bischöfen äußert sich

viel grundsätzlicher und in direkter Opposition gegen die engagierte Verteidigungspolitik des Präsidenten, welche auf nuklearer Abschreckung gründet. Eines der gewiß überraschendsten Phänomene auf dem religiösen Schauplatz der Vereinigten Staaten im letzten Jahre war die «Radikalisierung» prominenter Bischöfe im Lande. Schon vor einigen Jahren erhob Kardinal *John Krol* von Philadelphia ernste moralische Einwände gegen die amerikanische Politik des Rüstungswettlaufs, indem er besonders die Logik des Abschreckungsargumentes in Frage stellte. Aber die Herausforderung Reagans seitens vieler Bischöfe ist in den letzten Monaten noch spezifischer und direkter geworden. Fast 60 US-Bischöfe haben sich übrigens der internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi angeschlossen, während es vor ein paar Jahren noch keine fünf waren.

Eine der schärfsten abweichenden Meinungsäußerungen zu Reagans Verteidigungspolitik des Wettrüstens kam im letzten Frühjahr von Erzbischof *Raymond Hunthausen* von Seattle (vgl. «Orientierung» 1982, Nr. 3). Er ging so weit, einen größeren Akt zivilen Ungehorsams anzukündigen, nämlich fünfzig Prozent der Einkommenssteuer zurückzuhalten und andere zu ermutigen, dasselbe in Betracht zu ziehen. Er hat seine Bereitschaft erklärt, dafür ins Gefängnis zu gehen.

Daß ein wichtiger und geachteter Erzbischof in einer führenden amerikanischen Stadt in seiner Kritik an der Verteidigungspolitik der Regierung so weit geht, ist aufsehenerregend. Aber ebenso überraschend war das Crescendo von Erklärungen, welche in den letzten Monaten von andern führenden Persönlichkeiten der Hierarchie kamen. Ein früherer Präsident der Bischofskonferenz, Erzbischof *John Quinn* von San Francisco, rief im letzten Oktober zur Unterstützung einer Einfrierungskampagne der Nuklearwaffen auf, wonach jede weitere Entwicklung oder Installation von Atomwaffen durch die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion gestoppt werden sollte: Unterdessen haben 133 US-Bischöfe eine entsprechende Erklärung unterzeichnet (vgl. National Catholic Reporter 30. 4. 82). Bischof *Leroy Matthiesen* von Amarillo, Texas (wo alle nuklearen Sprengköpfe endgefertigt werden), hat «alle Personen, die bei der Produktion und Lagerung von Atombomben beschäftigt sind» dringend gebeten, «zu überlegen, was sie da tun, diese Aktivitäten aufzugeben und in friedlichen Beschäftigungen Anstellung zu suchen».

Als Präsident Reagan im August entschied, mit der Entwicklung der Neutronenbombe weiterzufahren, stellte Erzbischof Roach in seiner Eigenschaft als Präsident der nationalen Bischofskonferenz sofort die moralische Berechtigung einer solchen Entscheidung in Frage. Bischof *Roger Mahoney* von Stockton (Kalifornien) kritisierte in einer Erklärung im Januar



Sabadell

die Redeweise der Regierungsbeamten (wie Verteidigungssekretär *Caspar Weinberger*) von der Möglichkeit «begrenzter» und «gewinnbarer» Atomkriege als «verrückt» (foolish) und «unklug».

Gemäß ihrem Zeitplan werden die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten im nächsten November einen nationalen Hirtenbrief über die Fragen von Krieg und Frieden veröffentlichen. Der Text wird sich, dafür gibt es derzeit Anzeichen, vermutlich primär auf das sittliche Problem des Atomkrieges und die Frage der Abschreckung konzentrieren. In seinem Bericht über den Stand der Arbeit an diesem Hirtenbrief vor der versammelten Bischofskonferenz im letzten November deutete Erzbischof Bernardin eine fundamentale Meinungsverschiedenheit mit der Reagan-Administration an, indem er darlegte, mit welcher Perspektive die Kirche die Frage des Atomkrieges angehen sollte: «Wir müssen überzeugt sein, daß gewisse Aktionen nie unternommen werden dürfen, nicht einmal zum Überleben; daß das Argument, wonach wir, weil unsere Gegner etwas in Betracht ziehen, vorbereitet sein müssen, es auch zu tun, daß dieses Argument an eine Grenze kommt.»

Eine allgemeine Übereinstimmung in Sachen Verteidigungspolitik gibt es allerdings unter den US-Bischöfen natürlich nicht. Eine prominente Stimme, die von der Berechtigung nuklearer Abschreckung gesprochen hat, ist jene von Kardinal *Terrence Cooke* von New York. Er ist der Oberhirte für alle Militärkapläne in den Vereinigten Staaten. In einer Erklärung vom Dezember betonte er die Gefahren des nuklearen Wettrüstens, warnte aber davor, einer Nation das Recht abzusprechen, sich selbst zu verteidigen, und wäre es mit Atomwaffen.

US-Außenpolitik in Zentralamerika

Einen Monat bevor Präsident Reagan sein Amt antrat, wurden in El Salvador vier amerikanische Missionarinnen von Regierungstruppen getötet. Die Empörung in religiösen Kreisen der Vereinigten Staaten war groß, und es erhob sich wiederholt der Ruf nach einer Änderung in der US-Politik gegenüber El Salvador und andern zentralamerikanischen Ländern. Die Carter-Administration hatte das Somoza-Regime bis noch ein paar Wochen vor dem Umsturz durch die sandinistischen Revolutionäre unterstützt. Die Reagan-Administration betonte von Anfang an ihre Abneigung gegen das neue nicaraguanische Regime, sie hat in El Salvador die Duarte-Regierung stark unterstützt, und gegenüber Guatemala, wo sie die Militärdiktatur mit Waffen versorgte, sah sie davon ab, in der Menschenrechtsfrage Druck auszuüben. Auch hier ist die Politik der Administration von US-Bischöfen offen angegriffen worden. Manche dieser Bischöfe haben Missionare in lateinamerikanische Länder gesandt und haben selber Kenntnisse aus erster Hand über das, was im Kampf des Volkes um Gerechtigkeit vorgeht. Erzbischof *James Hickey* von Washington verlangte in seiner Zeugenaussage vor dem Kongreß im letzten Frühling eine Kürzung der Militärhilfe ans Duarte-Regime. Er zitierte die dringende Bitte des ermordeten Erzbischofs von San Salvador, *Oscar Romero*, daß Waffen nicht in die Hände jener Politiker gelegt werden sollen, welche sie gegen ihr eigenes Volk einsetzen.

Im November veröffentlichte die nationale Bischofskonferenz eine eindruckliche Erklärung über Zentralamerika, welche direkt die gegenwärtige Politik der Administration verwarf. Insbesondere unterschied sie sich von der Interpretation des US-Staatssekretärs, General *Alexander Haig*, wonach die Hauptursache der Unruhe in Zentralamerika kommunistische Agitation von außen sei, und nannte es einen Irrtum, den Kampf in den Begriffen des globalen Antagonismus zwischen den USA und der Sowjetunion zu sehen. Wörtlich heißt es in der Erklärung: «Die vorherrschende Herausforderung sind die internen

Bedingungen der Armut und die Verweigerung der Grundrechte, die manche dieser Gesellschaften kennzeichneten ... Wir wiederholen, und dies ist hier unser allgemeines Anliegen, daß die Umgangsweise der Vereinigten Staaten mit Zentralamerika auf einem Verständnis dieser internen Realitäten und deren Beeinflussung durch unsere Politik und unser Gebilde gründen sollte.» Die Bischöfe appellierten an die Vereinigten Staaten, statt unterdrückerische Regimes mit militärischer «Hardware» zu versorgen, auf den Schutz der Menschenrechte und auf Erfüllung der menschlichen Grundbedürfnisse zu drängen.

Fünf katholische Bischöfe im Staate Michigan schlossen sich einer gemeinsamen Erklärung religiöser Führer anderer Kirchen an, worin gesagt wird: «Wir verurteilen die verkehrte Moral, welche unserer Regierung erlaubt, die wirtschaftliche Hilfe und Weizenverkäufe an die demokratische Regierung von Nicaragua, die den Armen dient, einzustellen, während sie gleichzeitig wirtschaftliche und militärische Hilfe an die repressiven Regierungen von El Salvador, Guatemala und Honduras, die die Armen ermorden, schickt.»

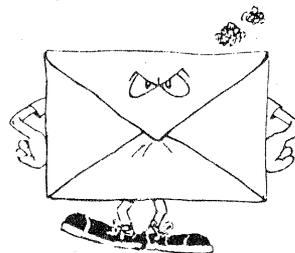
Die Position, die von den Bischöfen gegen die Außenpolitik dieser Administration eingenommen wird, wächst aus dem Vertrauen, das sie gewinnt, indem sie auf Stimmen außerhalb dieses Landes hört. «Wir fühlen uns verpflichtet, auf die Stimme der südamerikanischen Kirche zu achten», erklärte kürzlich Bischof *John McCarthy* von Houston. «Und wir spüren, es ist unsere Pflicht, die allgemein bekannte Politik der amerikanischen Regierung herauszufordern, die Streitkräfte ausrüstet, trainiert und führt, die offensichtlich ihr Volk unterdrücken.» Das genannte Vertrauen gibt den Bischöfen die Befähigung, grundsätzliche Unterscheidungen zu machen. So hat Erzbischof *Reinbert Weakland* von Milwaukee gesagt: «Das größte Hindernis ist die Idee, man sei, wenn man nicht für die US-Politik ist, pro-kommunistisch, als ob es nur schwarz und weiß gäbe, keine Mitte. Wir verlangen eine neue, realistische Politik. Wir können zu den Armen stehen, ohne kommunistisch zu sein.»

Schlußfolgerung

Die starke Ablehnung von Reagans Sozial-, Verteidigungs- und Außenpolitik durch die katholischen Bischöfe ist beispiellos in der amerikanischen Geschichte. Kein früherer Präsident ist von den Führern der katholischen Kirche dieses Landes so scharf und konsequent kritisiert worden. Was dies alles natürlich noch eindrucklicher macht, ist die Tatsache, daß man erwartet hatte, dieser konservative republikanische Präsident würde die begeisterte Unterstützung, nicht diese scharfe Ablehnung von seiten der nationalen Hierarchie gewinnen. (...)

Peter J. Henriot, Washington

Üebersetzung: Karl Weber, in: Orientierung 9/82



le courrier
de la grogne...

GEGENDARSTELLUNG

Im Forum Nr.55 wurde im Artikel "Aktioun fir de Fridden" behauptet, dass hinter dem Letzebuenger Friddenskomitee "organisatorisch heute eigentlich nur die KPL und KPJ, LCR und die Perspektiv-Redaktion stehen." Desweiteren steht im selben